

Eva Linsinger

ALLES NUR FAKE!

Journalismus in Zeiten von
Postdemokratie, Message Control
und Rechtspopulismus

Picus Verlag Wien

INHALT

Sophie Lecheler

BERICHTE AUS DEM SCHÜTZENGRABEN DER POSTFAKTISCHEN DEMOKRATIE

Zur Lage des kritischen Journalismus

in Österreich 9

Eva Linsinger

DREI VORLESUNGEN ZUR POETIK DES JOURNALISMUS

MELDE GEHORSAMST: GOOD NEWS!

Vorwort 21

DIE GROSSE SCHIEFLAGE

Redaktionen schrumpfen, PR-Stäbe der
Regierungen schwellen an: Wie Message
Control ihre Effizienz entfalten kann – und
welche Rolle Bilder von shiny happy

Bundeskanzlern dabei spielen 25

SCHÖNE EIGENE MEDIENWELT

Parteimedien feiern unerwartete Comebacks,
Rechtspopulisten zimmern sich eigene
Medien mit eigenen Realitäten. Was bedeutet

das für kritischen Journalismus? 57

ALLES NUR THEATER!

Warum die Postdemokratie Wirklichkeit geworden ist und welche Rolle Journalismus dabei spielt. Warum die Krise der Demokratie und die Krise der Medien miteinander verknüpft sind. Und: Was wir dagegen tun können 92

DIE GROSSE SCHIEFLAGE

Redaktionen schrumpfen, PR-Stäbe der Regierungen schwellen an: Wie Message Control ihre Effizienz entfalten kann – und welche Rolle Bilder von shiny happy Bundeskanzlern dabei spielen

Der Hamburger Stadtteil »Schanze« gehört zu den Prototypen jener Gegenden, die von Reiseführern und Stadtmarketing gerne als »Szeneviertel« bezeichnet werden: einst schmuddelig, nun hip, gerade noch wild genug, um als cool-alternativ durchzugehen, gentrifiziert genug, um mit ausreichend Soja-Latte aufwarten zu können. So kann man das Schanze-Viertel sehen.

Das ungarische öffentlich-rechtliche Fernsehen wollte das Schanze-Viertel im März 2018, knapp vor den Wahlen in Ungarn, gänzlich anders sehen: Es tauchte in der Hauptnachrichtensendung als Horrorgegend auf. Ein Anrainer klagte, dass er seine Wohnung habe aufgeben müssen, weil Migranten einquartiert wurden.

Eine Frau berichtete, die Gegend sei dermaßen gefährlich, dass sie nur mehr mit Pfefferspray bewaffnet aus dem Haus gehe. Der Sukkus all der O-Töne und Bilder: Ungarn darf auf keinen Fall Deutschland werden! Da sei Viktor Orbán vor!

Peinlich bloß, dass sich die vermeintlich zufälligen Passanten in der Fernsehreportage als – Überraschung! – Lokalpolitiker der deutschen AfD entpuppten. Laiendarsteller von der extrem rechten »Alternative für Deutschland« als willkommene Stichwortgeber im ungarischen Staatsfernsehen: Das könnte als grottenschlechte Satire durchgehen. Wenn es nicht derart ernst wäre.

Fake News in Reinkultur, verbreitet von semioffizieller Stelle: Weit scheint Ungarn von Orbánistan nicht mehr entfernt zu sein. Die Medienlandschaft wurde, mit tatkräftiger Unterstützung finanzstarker Oligarchen, brutal zu Propaganda-Organen umgebaut. Was an Journalismus noch übrig ist und kritisch über Orbán zu berichten wagt, landet auf schwarzen Listen. Schaurig-schöne neue Medienwelt. Diese dystopische Entwicklung ist in Ungarn besonders weit fortgeschritten, in unterschiedlich stark aus-

geprägten Vorstufen aber beileibe nicht nur dort zu besichtigen: Nicht ohne Grund gab im Mai 2018 eine hochrangige Konferenz »Alarmstufe Rot für die Medienfreiheit« in Europa. Ende Oktober 2018 richtete EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini einen flammenden Appell zur Verteidigung der freien Medien an die EU-Mitgliedsstaaten. Und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich ausdrücklich besorgt über den Zustand der Pressefreiheit in einem europäischen Staat. Das dortige Staatsoberhaupt, ein ruhig-besonnener Mann, dem aufgeregtes Hyperventilieren fremd ist, hielt es ebenfalls für notwendig, das hehre Gut der Pressefreiheit zu betonen. Vor ein, zwei Jahren hätte wohl jeder bei derartigen Sätzen geglaubt: Da muss von Ungarn die Rede sein, oder vielleicht gar von Rumänien, jedenfalls von einem Staat, der schon länger auffällig geworden ist, was den Umgang mit Grundwerten anbelangt. Die besorgten Sätze galten aber Österreich.

Und staunende Beobachter reiben sich ver-dutzt die Augen und fragen bange: Probleme mit der Pressefreiheit? Mitten in der EU, der stolzen Trägerin des Friedensnobelpreises und erhabenen

Wächterin über die Grundfreiheiten? In Staaten wie Österreich, die bisher vielleicht als etwas zauselig, aber durchaus als gefestigte Demokratien galten? Was passiert da gerade? Und, schier wichtiger noch, wo führt es hin?

Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 befeuerte den Aufstand der »Wutbürger« und den Siegeszug der Rechtspopulisten. Sie verbreiten in Paralleluniversen ihre Parallelwahrheiten: Mit eigenen Medienimperien, die eigene Wirklichkeiten entstehen lassen. Mit persönlichen Attacken auf Journalistinnen und Journalisten. Mit hyperventilierender Empörung über »unbotmäßige« Fragen. Mit Medienerlässen, die zum Faktenverdrehen auffordern.

Dieser Medienerlass aus dem Innenministerium war der konkrete Anlass für die Mahnung des EU-Kommissionspräsidenten und des österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen. Dieser Medienerlass wurde, aus gutem Grund, von der Übergangsregierung, die nach ÖVP–FPÖ folgte, prompt aufgehoben. Denn der Erlass wollte anordnen, bestimmte Medien von Informationen abzuschneiden – und gleichzeitig die Polizei anweisen, manche Gewalttaten über-

zubetonen. Geordert wurde, dass die Polizei proaktiv und bevorzugt über sexuelle Gewalttaten kommunizieren soll, die im öffentlichen Raum begangen werden. Neunzig Prozent aller Übergriffe passieren aber im Familienumfeld. Die Polizei kann und soll kein anderes Bild zeichnen, das wäre Manipulation und Stimmungsmache pur – wer anderes andenkt, missversteht die Institution der Republik als Vorfeldorganisation einer Partei, mit der willkürlich Parteipropaganda gemacht werden kann.

Schlimm genug. Gewiss ist, und das geht weit über den Anlass Medienerlass hinaus: Es gibt ein Umfeld. Es gibt eine Vorgeschichte. Und all das macht die Gemengelage ungewöhnlich – bis gefährlich.

Mehr Jubel geht immer!

Regierungen, Politikerinnen und Politiker stehen meist in einem quasi natürlichen Spannungsfeld zu Journalismus und Medien. Politikerinnen und Politikern liegt viel daran – aus ihrer Sicht verständlich – im bestmöglichen Licht zu er-

scheinen. »Sie glauben gar nicht, wie viel Lob ich vertragen kann«, hat der langjährige Bundeskanzler Bruno Kreisky, Beiname »Medienkanzler«, einst gesagt, und das war nicht wirklich ironisch gemeint. Jubelberichterstattung passt Politikern eigentlich immer, kritische Geschichten goutieren sie weit weniger. Medien hingegen verstehen es als ihren Auftrag, nicht die Position eines Politikers oder einer Partei darzustellen, sondern möglichst objektiv zu berichten.

Auf diesen Widerspruch reagierten Politiker und Parteien in den 1960er Jahren mit weitgehender Distanz zu Medien: Politik wurde damals in Österreich hinter verschlossenen Türen betrieben, Pressekonferenzen waren etwa »so häufig wie eine totale Sonnenfinsternis. Journalisten bekamen eher den Papst ans Telefon als einen Politiker. Minister empfingen nur handverlesene Journalisten zu Interviews. Diese hatten schon lange vor dem Termin ihre Fragen beim Pressereferenten einzureichen und dessen Streichungen demütig hinzunehmen«, wie der langjährige *profil*-Chefredakteur Herbert Lackner einst über das krude Medienverständnis der sechziger Jahre schrieb, das ein Mitgrund für die Gründung von *profil* war.

Seit damals agieren Politiker und Parteien anders: Verstecken und Politik hinter verschlossenen Türen hatte nie viel Sinn, heute schon gar nicht. Die Strategie der Politik lautet längst anders: Berichterstattung ist nicht zu verhindern – versuche also, sie so gut wie möglich zu steuern und zu kontrollieren. Dieser Versuch ist beileibe nicht neu und auch nicht auf Österreich beschränkt. Er zeitigte auch lange keine gravierenden Auswirkungen: PR-Abteilungen und Pressesprecher von Regierungen und Parteien standen kritischen und recherchierenden Journalistinnen und Journalisten in Zeitungen, Fernseh- und Radiosendern gegenüber, erpicht darauf, unter Inszenierungsoberflächen zu graben und auch unangenehme Tatsachen zu beleuchten. Eine Art Gleichgewicht des ambivalenten, aber gesunden gegenseitigen Misstrauens.

Dieses Gleichgewicht ist aus den Fugen geraten und hat sich massiv verschoben – und zwar zugunsten der Regierungen und Parteien. Medien sind seit Jahren gezwungen zu sparen, weil Inserate und Verkaufserlöse zurückgehen, alle suchen hektisch, aber nur bedingt erfolgreich nach neuen Geschäftsmodellen, um auch im

Internetzeitalter Bestand zu haben und sich gegen Gratis-Inhalte, verbreitet auch via Facebook und Co., zu behaupten. Diese Krise der Medien ist nicht neu, auch das Resultat ist hinlänglich bekannt: Redaktionen schrumpfen. Die Zahl der recherchierenden Journalistinnen und Journalisten wird kleiner.

Ökonomische Zwänge? Nicht bei uns!

Die andere Seite, die Regierungen und Parteien, unterliegt derartigen ökonomischen Zwängen nur sehr bedingt – auf jeden Fall nicht in Staaten wie Deutschland oder Österreich. In Deutschland hat Verkehrsminister Andreas Scheuer neulich ein »Neuigkeitenzimmer« einrichten lassen, wie er seinen Newsroom nennt. Dort verbreitet ein gelernter Journalist die guten Nachrichten, die dem Minister zupasskommen. Unangenehme Fragen von Journalisten, die sich bei einem Thema auskennen, entgeht er so. Praktisch. Ähnliches erleben wir in Österreich, wo die Parteienförderung überaus großzügig ausfällt

und nach jahrelangen und peniblen Berechnungen des Politikwissenschaftlers Hubert Sickinger wahrscheinlich, wenn man Förderungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammenrechnet, knapp am Weltrekord vorbeischrämt. Längst vorbei die Zeiten, wo ein Minister oder eine Ministerin mit einem Pressebetreuer das Auslangen fand – und der ohnehin wenig sagen durfte. Heute sind es meistens drei Pressesprecher, nicht nur auf Bundesebene, auch Stadträte etwa in Wien haben zum Beispiel mehr als einen Pressesprecher, dazu kommen Social-Media-Abteilungen und Co.

Mit Steuergeld lässt sich leicht klotzen. Die ehemalige türkis-blaue Bundesregierung beschäftigte eine Rekordzahl von Pressesprecherinnen und Pressesprechern, Social-Media-Betreuern, Fotografen und sonstigen Medienarbeitern. Dieser dreistellige Stab schlug mit seiner opulenten Größe jede innenpolitische Redaktion jedes österreichischen Printmediums locker um das Drei- oder Vierfache, manche kleinere Redaktionen sogar um das Zehnfache. Zu den voluminösen Presse- und Öffentlichkeitsabteilungen der Regierung und Ministerien kamen die Pressespre-

cher der Koalitions- und Oppositionsparteien, der Sozialpartner und der Interessensvertretungen – und extra angeheuerte PR- und Litigation-PR-Agenturen, die fallweise zusätzlich angeheuert werden, zuletzt etwa vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Das ist kein Gleichgewicht mehr, das erinnert bereits vielmehr an eine veritable Schiefelage. Geschrumpfte und weiter schrumpfende Redaktionen stehen immer mehr Öffentlichkeitsarbeitern, News-Managern und Social-Media-Beauftragten gegenüber. Das zeitigt Konsequenzen – und zwar für den kritischen Journalismus überaus unerfreuliche. Und diese Schiefelage lässt Message Control erst gedeihen und ihre umfassende Wirkung entfalten.

Denn, keine Frage: Alle Politiker versuchen, ihre und möglichst nur ihre Sichtweise darzustellen und andere Tatsachen zu verschleiern oder gar zu leugnen. Manchmal derart plump, dass es auf den ersten Blick zu durchschauen ist – das berühmteste und bizarrste Beispiel ist der irakische Informationsminister Said al-Sharaf, besser bekannt als »Comical Ali«, der noch trotzig behauptete, »es gibt keine Amerikaner in Bag-

dad« – bei einem Interview im Freien, als man hinter ihm schon amerikanische Panzer über das Gelände des Präsidentenpalasts rollen sah. Nicht immer ist Propaganda derart leicht zu decouvrieren. Und abseits von Diktaturen läuft der Versuch der Message Control wesentlich subtiler ab.

Die umfangreichen und stetig anschwellenden Presse- und Socia-Media-Stäbe von Regierungen und Politikern beschränken ihre Arbeit längst nicht mehr darauf, allfällige Anfragen von Medien zu beantworten – oder zu ignorieren – oder Gespräche und Interviews mit Politikern zu vermitteln. Sie agieren proaktiv und bieten etwa als freundliches Service an, den stetig schrumpfenden Redaktionen einen Teil ihrer eigentlichen Arbeit abzunehmen. Das kann im Extremfall so aussehen, dass Journalisten bei Pressesprecher X um ein Interview mit Politiker Y anfragen und als Antwort nicht etwa einen Termin für das Interview, sondern ein fix und fertig geschriebenes Interview mit Fragen und Antworten bekommen. Das ist ein Extremfall – aber kein Einzelfall.